

»Obama hat versagt«

Glenn Hubbard. Er diente bereits unter US-Präsident Bush senior und beriet Bush junior. Nun will der Topökonom dem Republikaner Mitt Romney ins Weiße Haus verhelfen. Den demokratischen Amtsinhaber hält er für gescheitert. Eine Abrechnung

Interview: Dirk Rheker
Foto: Erika Larsen

Herr Hubbard, Ihr Schützling Mitt Romney liegt in Umfragen deutlich vor Barack Obama. Warum ist der Präsident beim Volk schon nach so kurzer Zeit so unbeliebt?

HUBBARD: Vor allem hat er eklatante Führungsschwäche gezeigt. Wir erwarten von unseren politischen Führern, dass sie Perspektiven formulieren. Und was haben wir stattdessen? Einen Präsidenten, der seltsam gelähmt wirkt. Beim Streit um die Schuldenobergrenze in diesem Sommer hat sich Obama viel zu spät eingeschaltet, als nicht nur die USA, sondern die ganze Welt auf ein Signal der Stärke wartete. Beim „Super Committee“ ...

... in dem sich Republikaner und Demokraten im US-Kongress nicht auf die geforderten Einsparungen von 1200 Mrd. Dollar einigen konnten...

HUBBARD: ... und wo war Obama, als es darum ging, einen Kompromiss zu erzielen? Auf Reisen in Australien und Indonesien. „Missing in Action“ sagen wir in Amerika dazu. Nach dem Scheitern der Verhandlungen werden ab Januar 2013 Kürzungen nach der Rasenmähermethode greifen; die eine Hälfte im Verteidigungsetat, die andere bei nicht militärischen Ausgaben. Für einen Präsidenten, der angetreten ist, über Parteigrenzen hinweg Politik zu betreiben und Grabenkämpfe zwischen Demokraten und Republikanern zu beenden, eine erbärmliche Vorstellung.

Ex-Präsident Bill Clinton wurde zur Hälfte seiner ersten Amtszeit ebenfalls bei den Kongresswahlen abgestraft, hatte miserable Umfragewerte – und wurde zwei Jahre später trotzdem wiedergewählt. Warum sollte Obama nicht das Gleiche gelingen?

HUBBARD: Damals beschleunigte sich die Konjunkturerholung, und die Arbeitslosigkeit sank spürbar. Davon sind wir momentan weit entfernt. Mindestens ebenso wichtig war, dass Clinton es schaffte, das ganze politische Spektrum für seine Sache zu gewinnen. Obama ist kein Clinton!

Wie Clinton hat sich auch Obama zum Ziel gesetzt, die von seinen Vorgängern hinterlassene Staatsverschuldung abzubauen. Clinton hatte dazu sogar den Spitzensteuersatz von 31 auf fast 40 Prozent erhöht.

HUBBARD: Richtig, das konnte er damals durchsetzen, weil es einen weltweiten Aufschwung gab. Ich hielt die Steuererhöhung allerdings schon damals für kontraproduktiv.

Sie haben dann ja für Clintons Nachfolger George W. Bush ein Steuermodell entwickelt, das Superreiche und Unternehmen wieder entlastete – und eine ideologische Dauerfehde entfachte. Bereuen Sie das?

HUBBARD: Wir mussten den Spitzensteuersatz senken, um Geld für Investitionen freizusetzen.

Wirklich? Ihr politischer Gegner wirft Ihnen seither vor, Klientelpolitik zu betreiben.

HUBBARD: Unsinn, der Präsident und seine Partei nutzen die Neiddebatte lediglich dazu, von der eigenen verfehlten Steuerpolitik abzulenken. Seine Pläne bringen weder Wirtschaftswachstum noch mehr Arbeitsplätze noch ein geringeres Defizit. Und vergessen Sie nicht: Clinton setzte parallel zu den Steuererhöhungen eine Sozialhilfereform durch. Wer sich nicht um eine neue Anstellung bemühte, musste Einschnitte bei Geld- und Sachleistungen hinnehmen. Unter Obama scheint mir so etwas undenkbar.

Trotzdem spart Clinton heute nicht mit Lob für seinen Nachfolger.

HUBBARD: Ach ja? Dann sollten Sie mal in seinem neuen Buch „Back to Work“ blättern. Dort wirft er Obama zwei schwere Fehler vor. Erstens, dass er nicht die Schuldenobergrenze angehoben hat, als die Demokraten noch eine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses hatten. Zweitens, dass er während des Kongresswahlkampfes 2010 keine nationale Botschaft hatte. Ich finde das bemerkenswert, Clinton kritisiert ja gewissermaßen den Chef seiner Frau!

Das kann man als Führungsschwäche auslegen, wird aber Amerika nicht ruinieren.

HUBBARD: Nein, doch eine gewisse Naivität schon. Obama ist ohne einen Tag praktischer Regierungserfahrung ins Weiße Haus gekommen. Das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten ist aber nun mal keines, in dem man sich eine Einarbeitungszeit erlauben kann.

Als Obama das Amt übernahm, lag der Dow-Jones-Index noch unter 8000 Punkten, inzwischen hat er mehrfach die 12000er-Marke durchbrochen. Die Unternehmensgewinne sprudeln...

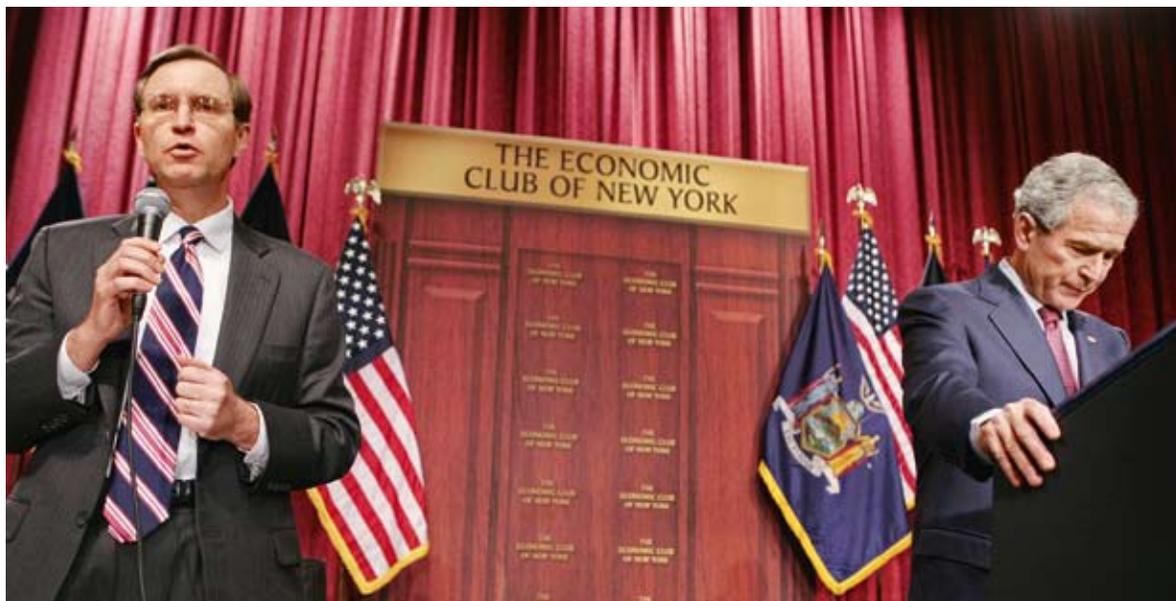
HUBBARD: ... aber sie werden nicht re-investiert! Und warum nicht? Weil eine totale Unsicherheit hinsichtlich der zu erwartenden Steuer- und Finanzpolitik besteht. Das ist absolutes Gift für das Investitionsklima in diesem Land! Der Präsident hat mit seiner Wirtschaftspolitik versagt. Auch das 787 Mrd. Dollar schwere Konjunkturpaket hat nicht den versprochenen Erfolg gebracht, sondern lediglich die Staatsverschuldung hochgetrieben.

Was wäre die Alternative gewesen – zuzusehen, wie die Wirtschaft abschmiert?

HUBBARD: Ich habe bereits gegen Ende der Finanzkrise öffentlich darauf gedrungen, rasch langfristige Sanierungspläne für den Staatshaushalt vorzulegen. Die jetzige Verschuldungsdebatte war abzu- ▶



Keine Experimente:
Glenn Hubbard will die Politik
von Präsident Barack Obama
zurückdrehen: weniger
Sozialausgaben, mehr unter-
nehmerische Freiheit



Tipps fürs Weiße Haus: Hubbard (l.) prägte die Wirtschafts- und Finanzpolitik von Präsident George W. Bush als Berater ganz entscheidend mit

sehen, genauso wie die Gefahr, dass sich die Zentralbank in eine Inflationspolitik hineinziehen lässt.

War die Entscheidung der Ratingagentur Standard & Poor's, die Bonität der USA herabzustufen, ein heilsamer Schock?

HUBBARD: Offenbar nicht. Ich sehe von Regierungsseite keinerlei Initiativen, die seit Jahren verschleppten strukturellen Haushaltsprobleme endlich nachhaltig anzugehen. Obamas jüngster Kompromiss erscheint mir als Versuch, Zeit bis nach der Wahl im November zu gewinnen.

S&P begründete die Entscheidung mit dem Gezänk zwischen Demokraten und Republikanern, das die US-Politik „ineffektiv und unvorhersehbar“ mache. Die Schuld liegt also nicht allein beim Präsidenten.

HUBBARD: Nein, aber es liegt an ihm, ein glaubwürdiges und belastbares Sanierungskonzept vorzulegen.

Das die Republikaner dann wieder blockieren. Viele Ökonomen glauben, dass die USA auf Dauer nicht ohne Steuererhöhungen auskommen. Was macht Sie und Mitt Romney so sicher, dass es doch funktioniert?

HUBBARD: Gouverneur Romney will das Staatsdefizit über Einsparungen reduzieren und sogar einen ausgeglichenen Bundeshaushalt in der Verfassung festschreiben. Dazu sind Einschnitte in den Sozialprogrammen unumgänglich. Die Bundesausgaben werden auf 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt und die Unternehmensteuer von derzeit 35 Prozent auf 20 Prozent gesenkt.

Klingt nach dem altbekannten konservativen Mantra. Und ein bisschen so, als wolle sich Romney bei der Tea Party einschmei-

cheln. Die würden ja die Wirtschaft am liebsten komplett dem freien Markt überlassen.

HUBBARD: Davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Gouverneur Romney hat dargelegt, dass er an eine Regulierung des Marktes glaubt. Die Finanzkrise hat nachdrücklich gezeigt, dass die Weltwirtschaft Regeln braucht. Dafür ist in der Tat die Politik zuständig. Aber nicht dafür, künstliche Nachfrage zu schaffen. Amerikas wirtschaftlicher Erfolg beruhte immer auf dem Prinzip der kreativen Zerstörung durch Innovation. Und dem Willen, Ideen in neue Produkte und Dienstleistungen umzusetzen. Wenn ich meine Studenten an der Columbia Business School frage,

was sie einmal machen wollen, sagen 80 Prozent: eine Firma gründen. Das Unternehmertum ist in unserem Erbgut fest verankert. Wir dürfen das Potenzial, das sich daraus ergibt, nicht abwürgen.

Die US-Wirtschaft scheint sich in den vergangenen Monaten wieder spürbar erholt zu haben, darauf deuten zumindest die jüngsten Konjunkturindikatoren hin. Schreiben Sie Barack Obama nicht ein bisschen zu früh ab?

HUBBARD: Nein, das tue ich nicht, dafür ist Obama ein zu ausgebuffter Wahlkämpfer. Aber gesucht wird jemand, der die Wirtschaft herumreißt, kein Meister der Rhetorik. Wir Amerikaner erwarten von unserem Präsidenten, dass er beherzt Entscheidungen trifft. Und nicht nur wir. Das Gefühl der Lähmung und Unentschlossenheit ist inzwischen ein Problem für die gesamte Weltwirtschaft. Obama hat nichts dazu beigetragen, den Europäern bei der Lösung der Euro-Misere zu helfen. China hat er nicht dazu gedrängt, den Wechselkurs freizugeben und ausländische Patente zu respektieren.

Wann steht denn der republikanische Herausforderer fest?

HUBBARD: Nach den Vorwahlen in Florida im Januar dürfte die Sache gelaufen sein. **Falls der Kandidat Mitt Romney heißt und die Präsidentenwahl gewinnt: Könnten Sie sich vorstellen, in der Regierung mitzumachen, etwa als Finanzminister?**

HUBBARD: (lacht) Ich fühle mich mit meinem Job als Dekan der Columbia Business School eigentlich ganz gut ausgelastet. Aber wenn ich dazu beitragen könnte, die USA aus der Krise herauszuführen, will ich nichts ausschließen. ■

Robert Glenn Hubbard Der Familienratgeber

Der 53-Jährige zählt zu den renommiertesten Ökonomen der Vereinigten Staaten. Nach seinem Studium in Harvard übernahm er 1983 eine Professur an der Northwestern University in Illinois, später wechselte er an die Columbia University. Anfang der 90er-Jahre war er unter Präsident George Bush im Finanzministerium für Steuerthemen zuständig. Von 2001 bis 2003 beriet er dessen Sohn George W. Bush in Wirtschaftsfragen. 2004 wurde Hubbard zum Dekan der Columbia Business School ernannt.